

# Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. Wochentliche Beilagen: Landmanns Sonntagsblatt und „Auffrisches Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis Monatlich für Abnehmer 1,15 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,25 M., in den Lokorten 1,30 M. durch die Post 1,35 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streifen usw. erfolgt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die halbpaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die halbpaltene Kleinzeile 40 Pfg., Anzeigengebühren 30 Pfg. Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für nächtliche Werbung unentgeltlich geschiebener oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühren: 10. M. das Zahlen, unzulässig Postgebühren. Schluß der Anzeigenannahme normiertags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 133

Donnerstag, den 10. November 1932

34. Jahrg.

Donnerstag, den 10. November,

## Schweinemarkt

in Kemberg.

Der Auftrieb beginnt um 8 Uhr

Kemberg, den 5. November 1932.

158]

Der Magistrat.

## Steuern.

Bis zum 15. November sind fällig und an unsere Kämmereikasse abzuführen: die Staatsgrundvermögenssteuer, der staatliche und Gemeindezuschlag hierzu, die Hauszinssteuer, die Stadt- und Kreisrubensteuer, die Gewerbesteuer und das Schulgeld.

Für fällig gefundene, nicht gekündete Beträge muß der gesetzliche Verzugszuschlag in Höhe von 1 % für jeden angefangenen halben Monat berechnet werden, außerdem müssen die Rückstände im Verwaltungsvorgangverfahren beigetrieben werden.

Kemberg, den 7. November 1932.

159]

Der Magistrat.

## Eine Rede des Reichstanzlers

Innenpolitik: nationale Konzentration — Außenpolitik: Gleichberechtigung.

Berlin, 9. November.

Auf einem Frühstück des Vereins der ausländischen Presse hielt Reichstanzler von Papen eine Rede, der wir folgende Abschnitte entnehmen:

Eine erfreuliche Zunahme des Verständnisses für die Regierungsarbeit ist festzustellen. Keine Partei wird noch Berechtigung zu der Annahme haben, daß sie die Meinung herrschaft in Deutschland ausüben kann.

Dagegen glaube ich die Hoffnung hegen zu dürfen, daß es nimmer zu einer wirklichen nationalen Konzentration kommt.

Wäge die erfreuliche Einigkeit, die das deutsche Volk heute in den großen Fragen der auswärtigen Politik durch alle Parteien hindurch bezeugt, jetzt auch der Führung der Gesamtpolitik die notwendige breite Grundlage schaffen! Personalfragen spielen hierbei — ich habe es schon immer betont — keine Rolle. Die lastenden Ziele der Regierung, die sie festsetzen, werden unverändert verfolgt werden. Unsere Lage als Mittelland Europas und unsere geschichtliche Entwicklung hat uns einen unerlöschlichen Reichtum kultureller Gestaltung in den verschiedenen deutschen Stämmen und Völkern beschert, dessen Pflege und Förderung die große Aufgabe der deutschen Kulturpolitik sein muß. Aber nach außen stellt sie uns ebenbürtig gegenüber dem das Problem kultureller und politischer Selbstbehauptung. Die lange Reihe der Interventionen der Siegermächte, welche den deutschen Regierungen immer neue Demütigungen zumuteten, trägt ein großes Maß von Schuld an der allgemeinen Radikalisierung und der Verschärfung der innerpolitischen Lage. Aus diesem geschichtlichen Zusammenhang von Innen- und Außenpolitik ergibt sich für das deutsche Volk die schicksalhafte Aufgabe, eine Gestalt für seine Staatspolitik zu finden, welche den dauernden Notwendigkeiten seiner Lage in Mitteleuropa und den besonderen Schwierigkeiten seiner heutigen Situation in gleicher Weise entspricht.

Demokratie und Autorität.

Die erste Vorbedingung hierzu ist die Wiederherstellung der vollen Hoheit des Staates und die Einrückung einer festigen, nachvollziehbaren Regierungsgewalt. Eine solche autoritäre Staatsführung, meine Herren, steht nicht im Widerspruch zu dem Grundgedanken der Demokratie, der wie in vielen Staaten der Welt auch die Grundlage unserer Verfassung bildet. Demokratie und Autorität sind keine Gegensätze, sondern notwendige Ergänzungen.

In unserem deutschen Reichspräsidenten hat sich die Wahl durch die Mehrheit des Volkes, also ein Akt unmittelbarer Demokratie, mit der geschichtlichen Autorität seiner Person vereinigt. Damit ist der ruhende Pol geschaffen, von dem aus auch die verlässlichen Bewegungen unserer politischen Lebens gestaltet werden können. Den Entscheidungen, die von hier ausgehen werden können wir mit Vertrauen und Zuversicht entgegengehen. Deutschlands auswärtige Politik seit dem Kriege ist stets darauf gerichtet gewesen, die Anerkennung jener für das Leben der deutschen Nation elementaren Bedingungen durchzusetzen.

Gleichberechtigung und Selbstbestimmung.

Wir verlangen die Gewährung der gleichen Rechte, die für alle anderen gelten, nicht als eine Gnade oder eine Wohlthat sondern als unseren unverzichtbaren Anspruch. Es muß das Ziel nicht allein der deutschen sondern der europäischen Politik sein, die Bestimmungen, die durch Zwang auferlegt worden, durch Erlösungen zu ersetzen, die dem freien Ermessen aller Beteiligten entspringen. Unser Weg wird der Weg friedlicher Verständigung sein. Wir haben diesen Weg in Locarno beschritten und in Locarno fortgesetzt, und wir werden ihn weiter gehen, um jenen

großen Grundgedanken, auf die vertrauensvoll mit 1918 die Waffen niedertreten, die herrschaft über Europa zu verschaffen.

Ursachen der Krise.

Die Weltwirtschaftskrise hat den fatalistischen Charakter nur annehmen können, weil die internationale Verschuldung und die Vermittlung des Warenverkehrs sich gegenseitig in ihren tiefenhaften Wirkungen folgerten.

Unter diesem Gesichtspunkt kann die Aufgabe und Bedeutung der Weltwirtschaftskongresse nicht hoch und entscheidend genug für eine weitere Erhellung der Wirtschaftslage der Welt eingeschätzt werden. Dieser Verantwortung müssen sich die führenden Staatsmänner bewußt sein. Ich zweifle nicht, daß hierdurch der Wirtschaft ein neuer Auftrieb gegeben werden würde.

Aber die letzten Gründe für die Wirtschaft, für ihr Aus und Ab, ihr Gedeihen oder Schrumpfen liegen schließlich nicht im Wirtschaftlichen, sondern im Politischen.

Und so komme ich auf das zurück, was ich vorhin ausführte. Niemals wird die europäische Wirtschaft zur Ruhe kommen, niemals wird sie die für ihr Gedeihen nötigen Grundlagen erhalten, wenn nicht die einigte und friedliche Weltgemeinschaft Wirklichkeit wird, die ich als das Endziel der deutschen Politik bezeichnet habe, und niemals wird dieses Endziel erreicht werden, wenn nicht die großen Grundgedanken der Gleichberechtigung und des Selbstbestimmungsrechts der Völker auf allen Gebieten anerkannt und durchgeführt werden.

Herriots Plan.

Sie würden ersichtlich sein, wenn ich mich heute nicht zu dem neuen französischen Plan für Sicherheit und Abklärung äußerte.

Aber ich kann dazu heute nur wenig sagen, und es kann sich hierbei nur um erste Eindrücke handeln, denn bisher ist über diesen Plan zu wenig bekannt. Der französische Plan legt ansehentlich voraus, daß alle europäischen Völkern gleichartige Rechte erhalten. Das erscheint dem deutschen Standpunkt aus durchaus bistatabel. Wir haben zurzeit eine Dreyersverpflichtung, die uns durch Diktat aufzwingen wurde, und führen Klage darüber, daß unsere Soldaten nicht mit denen anderer Länder gleichmäßig sind, weil sie nicht die gleiche Befahrung wie die fremden dürfen.

Es ist unbestreitbar, daß, wenn es gelingt, allen Heeren den Charakter seiner Desarmierung zu geben, wir einen entscheidenden Schritt in der moralischen Wiederaufbau und Befriedung der Welt vorwärts gekommen sein werden.

Nur durch gleiches Wehrsystem mit gleicher Befahrung, deren Potential der Länge und Verbundbarkeit der Grenzen, wie der Zahl der Nachbarn angepaßt sein muß, läßt sich auch gleiche Sicherheit für alle Völker erzielen.

Gleichheit in Recht und Sicherheit.

Die deutsche Regierung, die den Frieden wünscht, weil sie wie keine andere Nation der Welt der Segnungen des Friedens bedarf, stellt ihre Politik unter dem Gesichtspunkt vollkommener, allgemeiner Abrüstung. Sie wird jede Maßnahme begrüßen, welche die Desarmierung im Gegensatz zur Angriffskraft stärkt, und Deutschlands Anspruch auf gleiches Recht und gleiche Sicherheit vertritt. Aber wir werden nicht an einer Abrüstungskonvention mitarbeiten, so lange wir nicht wissen, ob sie in ihrem ganzen Umfange für uns selbst Geltung haben soll.

## Keine Kursänderung

In einem Interview mit dem Chefredakteur der Transocean-Nachrichtenblätter gab der Reichstanzler von Papen seiner unverminderten Zuversicht hinsichtlich der durch den Wahlausfall geschaffenen Lage Ausdruck, indem er erklärte: „Abgesehen von gewissen parteipolitischen Kräfteveränderungen, die mehr oder weniger den Erwartungen entsprechen, ist die Lage nur wenig verändert.“

Ich betrachte die Veränderungen nicht als ausreichenden Grund, den Kurs zu ändern, denn die Regierung unbeeinträchtigt gesteuert hat, seit ich das Amt übernahm.

Das Kabinett wird gestützt auf das Vertrauen des Reichspräsidenten vor allem am Grundgedanken der Ueberparteilichkeit festhalten und sich weiter vorwiegend der Aufrechterhaltung der Ordnung, der Wiederherstellung des wirtschaftlichen Wohlstandes und der Achtung vor dem Gesetz widmen.

Auf dem Gebiet der Außenpolitik

wird es keine Aufgabe in der Vermittlung der wohlgegründeten Ansprüche Deutschlands auf fair plan, sowie in der Förderung des Friedens und der Abrüstung sehen.

Ich kann nur die Hoffnung ausdrücken, daß sich im neuen Reichstag eine genügende Anzahl von Männern finden möge, die von dem gleichen Wunsch befeuert sind, an diesen Aufgaben wirksam und einmütig mitzuarbeiten.“

Auf die Frage, wie sich nach seiner Ansicht die parlamentarische Lage weiter entwickeln werde, erklärte der Reichstanzler:

„Das wichtigste Ergebnis der Wahl besteht darin, daß die Mehrheit von Nationalsozialisten und Zentrum unmöglich ist ohne die Hilfe der Deutschnationalen Volkspartei.“

## Möglichkeit gemeinsamer Arbeit

Ziffernmäßig ist natürlich eine Mehrheit von Kommunisten und Nationalsozialisten vorhanden. Aber eine Koalition zwischen diesen beiden extremen Gruppen erscheint doch undenkbar. Es kann vielleicht gelegentlich bei bestimmten Fragen zu einem Bündnis zwischen den beiden Fraktionen kommen, das jedoch stets nur negativer, nie positiver Natur sein würde.

Vielleicht aber dürfte es doch möglich sein, die Grundlage zu finden, auf der diejenigen Parteien, die für Gesetz, Ordnung und christliche Weltanschauung eintreten, sich zu gemeinsamer Arbeit vereinigen können.

Diese Hoffnung ruht nicht auf der Tatsache, daß die bürgerlichen Mittelparteien bei der Wahl gut abgekommen haben. Ich kann in dieser Beziehung nur wiederholen, was ich in meiner letzten Rundfunkrede sagte, nämlich, daß die Regierung gern bereit ist, ihre Hand jedem einzelnen und jeder Parteigruppe zu reichen, die guten Willens ist, los zu kommen von der Lösung der nationalen Aufgaben mitzuarbeiten.“

## Mandatsänderungen

Ein nationalsozialistischer Abgeordneter meht.

Berlin, 9. November.

Der Kreiswahlleiter des Wahlkreises 26 (Franken) hat dem Reichswahlleiter ein berichtigtes Ergebnis gemeldet, das um 51 981 gültige Stimmen höher ist als das zuerst gemeldete. Der Anteil der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei an dieser Stimmenzahl beträgt 18 882.

Die Berichtigung wirkt sich dahin aus, daß der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei ein weiteres Mandat auf ihrer Reichsliste zufällt. Die Gesamtzahl ihrer Abgeordneten beträgt nimmermehr 196; der Reichstag umfasst damit insgesamt 583 Abgeordnete.

## 20 Abgeordnete der BVP.

Nachdem nimmermehr die auf die Wirtschaftspartei auch im Reich zu entfallen und in den außerparlamentarischen Wahlen unverbrauchten Reststimmen dieser Partei genau zu übersehen sind, die der Reichsliste der Bayerischen Volkspartei in ihrer Gesamtheit zugute kommen, ergibt sich für die Bayerische Volkspartei folgende Mandatsliste: insgesamt aus bayrischen Stimmen 19 Abgeordnete. Hierzu treten jedoch die Reststimmen der Wirtschaftspartei aus sämtlichen Reichstagswahlkreisen mit 110 117 Stimmen, so daß sich weiters zwei Reichstagsmandate auf der Liste der Bayerischen Volkspartei ergeben, von denen das eine noch von der Bayerischen Volkspartei selbst zu belegen ist.

Die Bayerische Volkspartei wird also mit 20 Abgeordneten im Reichstag vertreten sein. Das weitere auf der Reichsliste noch erledigte Mandat fällt jedoch auf Professor Bedt-Merburg von der Wirtschaftspartei, der auf der Reichsliste der BVP an fünfter Stelle steht. Die Wirtschaftspartei wird demnach mit einem Abgeordneten im Reichstag vertreten sein.

## Erklärung Dr. Dingeldeys

Der Parteiführer der Deutschen Volkspartei, Dingeldey, erläßt eine Erklärung, in der er den Wählern der Deutschen Volkspartei seinen Dank ausspricht für die hingebende Arbeit und handfeste Treue, mit denen sie in dieser schweren Zeit gekämpft haben. Sie konnten mit ihm das Bewußtsein sein haben, daß die Kraft des nationalen Biederismus notwendig ist. Es belege nach wie vor die Gefahr des wirtschaftlichen und politischen Radikalismus. Die Deutsche Volkspartei antwortet auf das Vertrauen der Wähler mit der Verpflichtung, in großzügiger Aufnahmebereitschaft mit allen in einer Gemeinschaft zusammenzukommen, die unter Abwehr des Radikalismus, aber auch unter Ablehnung bloßer reaktionärer Gesinnung, für den wahrhaften Ausgleich von Autorität und Freiheit kämpfen wollen.

## Was die Parteien sagen

Durch eine Umfrage bei den Parteien wurde eine erste Stellungnahme zum Ergebnis der Reichstagswahl ermittelt, wobei jedoch zu beachten ist, daß durchweg die beschließenden Parteigremien erst nach einiger Zeit, wahrheitsgemäß erst in der kommenden Woche, zusammentreten werden.

## In nationalsozialistischen Kreisen

wurde darauf hingewiesen, daß nach dem Ergebnis dieser Reichstagswahl die NSDAP berechtigt sei, weiterhin ihren Anspruch auf Führung der Reichsregierung zu vertreten. Dabei sei die Frage von nicht so großer Aktualität, ob die NSDAP an Stelle Adolf Hitlers Gregor Strasser als Nachfolger von Papens vorzuziehen wolle. In Kreisen der

## Deutschnationalen Volkspartei

wird hervorgehoben, daß diese Partei mit dem Wahlergebnis sehr zufrieden sei. Von politischem Wert sei für die Deutschnationalen besonders, daß eine schwarz-braune Koalitionsmehrheit jetzt nicht mehr allein im Reich möglich sei. An dem Wahlergebnis zeigt sich nach deutschnationaler Auffassung zugleich ein moralischer Erfolg für die Regierung von Papen. Beim

**Christlich-Sozialer Volksdienst**  
wird erklärt, daß diese Bewegung jetzt endgültig fünf Mandate zugesprochen erhalten habe, und daß sie außerordentlich befriedigt sei von einem Stimmenergebnis von 10 Prozent, der in der Spitze fast 30 Prozent betrage. Nach Meinung des Volksdienstes müsse auf Grund des Wahlergebnisses das Kabinett von Papen seine Politik liquidieren. Von

**Sozialdemokratischen Parlamentariern**  
wird zum Ausdruck gebracht, daß die SPD, insofern mit dem Wahlergebnis zufrieden sei, als sie mit härteren Verlusten an die Kommunisten geredet hätte. In

**deutig-volksparteilichen Kreisen**  
wird die Meinung geäußert, daß auch nach dieser Wahl die Ansicht gelten dürfte, daß das Parlament als solches aufgehört habe, die entscheidende Rolle zu spielen. Es werde an die Nationalsozialisten noch einmal die ganz klare Frage zu stellen sein, ob sie politisch mitarbeiten wollten oder nicht. Das könne aber nicht „parlamentarische Kuhhandel“ bedeuten. Von

**Kommunisten**  
wird das Wahlergebnis als außerordentlich zufriedenstellend für die KPD bezeichnet. Bei

**der Zentrumsparlei**  
hört man, daß das Zentrum unter den gegebenen Verhältnissen mit dem Ergebnis der Reichstagswahl durchaus zufrieden sei. Welche Konsequenzen sich für das Zentrum aus dem Wahlergebnis ergäben, darüber könne man im Augenblick nichts sagen. Es sei auch noch nicht festgelegt, wann die maßgebenden Parteiführer sich mit diesen Dingen beschäftigen würden. Die großen Grundlinien der Zentrums politik, die diese Partei auch im neuen Reichstag vertreten werde, habe der Parteiführer Kaas vor drei und deren Anhänger in Münster darüber zusammen seine Rede in den Mittelpunkt seiner Ausführungen die Warnung vor Experimenten mit der Verfassung gestellt.

**In Regierungskreisen**  
verlautet, daß der neue Reichstag vom Anfang Dezember zusammenzutreten werde. Es scheint, als ob man innerhalb der Reichsregierung entscheidenden Wert auf die Mandatsverteilung auf der Rechten legt, die geeignet sein könne, den Druck zu mildern, der von der NSDAP ausgehen könnte.

**Aufrufe Adolf Hitlers**  
In drei Aufrufen wendet sich Adolf Hitler an die Nationalsozialisten und die Parteigenossen, an die SA- und SS-Männer und an die Leiter der Parteiorganisation und Propaganda.

In dem ersten dieser Aufrufe heißt es, daß ein gewaltiger Angriff gegen die Bewegung und die Rechte des deutschen Volkes abgelehnt worden sei. Die Regierung von Papen habe eine vernichtende Niederlage erlitten. Die ihr verschriebenen Deutschlandspassagen und deren Anhänger umfassen zusammen keine 10 Prozent des deutschen Volkes. 80 Prozent lehnten sie ab. Für die NSDAP sei der Sinn des Ausgangs dieser Wahl klar: „Fortsetzung des Kampfes gegen dieses Regiment bis zur endgültigen Beseitigung. Keinerlei Kompromiß und kein Gedanke an irrenden Verhandlung mit diesen Elementen.“

**Der „Böttische Beobachter“ verboten.**  
Münden, 9. November. Das Hauptorgan der NSDAP, der „Böttische Beobachter“, ist von der Mündener Polizeidirektion mit sofortiger Wirkung bis zum 14. November verboten worden. Anlaß zu dem Verbot war ein Artikel in der Ausgabe vom 6./7. November mit der Überschrift: „Herr von Papen hat eine von Verunglimpfungen gegen Adolf Hitler strotzende Rundfunkrede.“

**SA-Verbot der Saarregierung**  
Saarbrücken, 9. November.

Die Regierungskommission des Saargebietes hat beschlossen, sämtliche militärischen Organisationen der NSDAP, insbesondere die Sturmabteilung (SA), die Schutzstaffeln (SS) und sonstige Einrichtungen einschließlich der SA-Verbindungen, SA-Zeitungen, Reichsleiter der nationalsozialistischen Kraftfahrkorps, der nationalsozialistischen Sanitätskorps, der Führerschulen, der SA-Kolonnen und der Jugendweiser mit sofortiger Wirkung aufzulösen.

Zur Begründung wird von der Regierungskommission mitgeteilt, daß in Saarbrücken ein Flugblatt der Nationalsozialisten verbreitet worden sei, das die Bevölkerung gegen die Polizeigewalt aufzumuntern veruche. Bei der Durchführung der Geländeeräume der NSDAP seien unvorstellbar

liche Bemühen dafür geleistet worden, daß die erwähnten Organisationen der NSDAP im Saargebiet eine Tätigkeit entfalten, die den Verordnungen der Saarregierung widerspreche.

**Der Arbeitsmarkt Ende Oktober**  
Berlin, 9. November.

Wie die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung mitteilt, ergeben die Meldungen der Arbeitsämter für Ende Oktober 1932 eine Gesamtzahl von rund 5 109 000 Arbeitslosen. Damit sei die Steigerung der Arbeitslosigkeit, die der Bericht über die erste Hälfte dieses Monats aufwies, fast völlig ausgeglichen. Gegenüber Ende September mit einer Arbeitslosenzahl von 5 103 000 ergebe sich nur eine ganz geringfügige Zunahme.

Im freiwirtschaftlichen Arbeitslosenstand seien Ende Oktober etwa 230 000 junge Menschen beschäftigt gewesen, also um etwa 40 000 mehr als Ende September. Ihre Zahl sei in der Gesamtzahl der Arbeitslosen enthalten.

**Wieder voller Verkehr**  
Streik bei der BVG. abgebrochen.

Berlin, 9. November.  
Nachdem in der geheimen Zentral-Streikleitung der BVG. Unstimmigkeiten ausgebrochen waren, wurde allmählich die Parole ausgegeben, die Arbeit wieder selbst- und bedingungslos anzunehmen. Es meldeten sich somit Arbeitswillige, daß völlig fehlerplanmäßig der Betrieb wieder aufgenommen werden konnte, und zwar nicht nur bei der Straßenbahn und sämtlichen Autobuslinien, sondern auch bei der U-Bahnlinie. Die Direktion der BVG. hofft, da genügend Personal zum Schichtwechsel vorhanden ist, den Betrieb auch in der Nacht durchzuführen zu können.

In den gefährlichen Außenbezirken werden die Straßenbahnlinien teilweise noch von Polizeibeamten besetzt sein, im Zentrum der Stadt jedoch und in den anderen dicht besiedelten Bezirken, in denen jeweils ein verstärkter Polizeistreifen verkehrt, hält man einen polizeilichen Schutz nicht mehr für nötig.

**2500 Entlassungen bei der BVG.**

Die Direktion der BVG. hatte in ihrem Aufruf das Fahr- und Werkstättenpersonal aufgefordert, die Arbeit am Freitag, bis 2 Uhr nachmittags, wieder aufzunehmen, wofür bestanden die betreffenden Angestellten als entlassen zu betrachten haben. Praktisch kamen dadurch rund 12 000 Personen in Frage. Die BVG. hatte bisher nur 1000 Mann entlassen, und zwar diejenigen, die sich durch Terrorakte und Bedrohung von Arbeitswilligen strafbar gemacht hatten. Jetzt hat die BVG. weiteren 1000 Fahrern und Schaffnern sowie 500 Arbeitern aus den Werkstätten ihre „Kontingenzkarte“ gestrichelt, so daß insgesamt also 2500 Mann der Beschäftigten im Zusammenhang mit dem Streik entlassen wurden.

**Gronau Empfang in der Heimat**  
Zehntausende Ehrungen für den Weltflieger.

Berlin, 9. November.  
Der Leiter der Zweisitzige Bornemünde der Deutschen Verkehrsgerichte, von Gronau, wird nach seinem Bestehen mit einem Dornier-Flugboot in Friedrichshagen, wo er in Deutschland seine erste Landung beabsichtigt, im Namen der Reichsregierung und der württembergischen Staatsregierung von dem württembergischen Staatspräsidenten begrüßt werden.

Von Friedrichshagen wird Gronau sein Flugzeug in der Heimatland, 2 1/2 auf Spitz, den Ausgangspunkt des Weltfluges, überfliegen. Von einer Landung in Berlin wird in Anbetracht des unruhigen Novemberwetters abgesehen. Gronau wird von Ost zu mit seiner Belagung nach Berlin reisen und hier

**vom Reichspräsidenten von Hindenburg empfangen**  
werden. Im Anlaß an diesen Empfang wird Reichsverweserminister Brüning von Hg.-Münden aus zu Ehren der Weltflieger ein Frühstück in seinem Kreise geben.

Am ersten Tage der Anwesenheit von Gronau in Berlin veranlaßt der Verein Berliner Presse einen Abend im Hause der Presse. Am nächsten Tage ist die Belagung Golf des Aero-Club von Deutschland. Für einen der folgenden Tage ist ein öffentlicher Vortrag von Gronau vorgesehen, dessen Vortrag der Tichby-Sitzung für in Not aerarische Flieger zuzusetzen soll.

weggewiesen war, beinahe als ob er ein Unrecht an der gestorbene Frau damit beging. Das Buch war also Lesart seiner Haushälterin? Verwundert schüttelte er den Kopf. Er mußte sich diese frühere Frau Holzmann mit diesem Buche denken — oder vor dem Klavier sitzend und Chopin spielend. Unwillkürlich flog ein belustigtes Lächeln um seinen Mund.

Aber dann kam ihm ein bedrückender Gedanke: Wer war Dora Schürer, seine Haushälterin? Wer war sie, die Magdendienste für ihn tat? Fragen, die er nach ihren Angehörigen, nach ihrer Heimat geahnt, hatte sie stets ausweichend beantwortet. Er mußte nichts von ihr, während seine Frau Holzmann ihn in alle ihre Familienangelegenheiten eingeweiht hatte, und nicht in die ihren allein, sondern auch in die ihrer verheirateten Tochter und ihres Schwagerlöhnes. Die Gelächterhaft der Frau Holzmann hatte ihn, nach dem man sich, wenn es um ihre Angelegenheiten ging, ihre sonstigen guten Eigenschaften hatte er sie mit in Kauf genommen. Und jetzt flog die ihm bisher so wohlwollende Schweigelnacht und Ruhe seiner Haushälterin an, ihn zu beunruhigen.

VII  
Sorten war ein verlostes Bild auf die Armaband, indem sie ein Gähnen unterdrückte. Es war auch wirklich zu langweilig, bei dem fröhlichen Mann zu sitzen, während man in der Zeitung las. Zwar: man merkte ja bei den schweren Zeiten nicht viel davon — dennoch gab es doch einige feste und Veranstaltungen, die mitzumachen wahrhaftig kein Unrecht war. Wie lebenswürdig hatten Direktor Kollaus und ihr Freund, der Architekt von Loop, gegeben, sich ihnen anzuschließen! Doch Maurus war gar nicht damit einverstanden.

Nun, er brauchte ja nicht alles zu wissen. Denn er lebte eigentlich auf den Architekten, der ein Mann nach ihrem Geschmack war, ganz das Gegenteil von dem manchen doch spießigen, langweiligen Maurus! Herr von Loop war ein sehr eleganter, hübscher, lustiger Mann, ein Künstler, der das Leben von der besten Seite aufsaßte, und Geld spielte bei ihm überhaupt keine Rolle. Ach, und wie war bei der Teuerung doch so oft in Verlegenheit. Maurus

**Die Industrie warnt**  
Erörterung der Kontingenzpolitik.

Mannheim, 9. November.  
Das Präsidium des Verbandes süddeutscher Industrieller hat eine Sitzung abgehalten, in der es sich mit der Kontingenzfrage beschäftigte. Das Präsidium nahm eine Entschließung an, die an den Reichsanwalt weitergeleitet werden soll. In dieser wird u. a. gesagt, daß die von der gelamten Industrie von Anfang an gehegten Befürchtungen wegen der landwirtschaftlichen Kontingenzmaßnahmen sich nunmehr klar als berechtigt erweisen hätten.

Deutschland müsse ausführen, um einführen zu können, und deshalb auch an der bisherigen, auf dem Prinzip der Weltwirtschaftslehre beruhenden beschränkten Kontingenzpolitik festhalten. Was die Industrie brauche, sei eine freie Beschäftigungsmöglichkeit der Wirtschaft, womit sich auch die Zukunftsbefürchtungen und Einfuhrkontingenzierungen nicht auf vereinbaren lassen.

Am Schluß der Entschließung heißt es dann, daß der Verband süddeutscher Industrieller im Interesse der von ihm vertretenen bayerischen und süddeutschen Industrien nicht nur einer Weiterverfolgung der beschränkten Einfuhrkontingenzmaßnahmen warren, sondern auch die dringende Bitte an die Reichsregierung richten müsse, über die wirtschaftlichen und industriellen Interessen Bayerns und Süddeutschlands als doch auch eines nicht unbedeutenden Gliedes der deutschen Wirtschaft nicht hinwegzugehen, sondern unter Berücksichtigung der deutschen Wirtschaftlichen Interessen von weiteren Kontingenzmaßnahmen Abstand zu nehmen.

**Die lange Bank**  
Weltwirtschaftskonferenz erst im März?

Genf, 9. November.  
Der Sachverständigenausschuß für die Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz hat den ersten Abschnitt seiner Arbeit beendet. Die Sachverständigen werden wahrscheinlich nicht, wie ursprünglich vorgesehen war, schon im Dezember wieder zusammentreten, um das Programm für die Weltwirtschaftskonferenz endgültig zu formulieren, sondern voraussichtlich erst im Januar. Die Festlegung des endgültigen Datums der Konferenz wird erst im Januar erfolgen, wenn die Experten ihre Arbeiten endgültig abgeschlossen haben.

Während man bis jetzt annahm, daß die Weltwirtschaftskonferenz im Februar zusammentreten werde, ist man neuerdings der Meinung, daß ihre Einberufung nicht vor März erfolgen werde. Durch die Beratungen ist der Eindruck verstärkt worden, daß für eine positive Gestaltung der Weltwirtschaftskonferenz die Bereinigung des Problems der internationalen Schulden eine weitere Voraussetzung ist. Im Zusammenhang damit steht die Frage der Stabilisierung der Währungen, die in den bisherigen Sachverständigenberatungen gerade wegen der Ungeklärtheit des Schuldenproblems an Schwierigkeiten gestoßen ist. Es besteht aber für niemanden hier ein Zweifel, daß die Weltwirtschaftskonferenz unter den denkbar ungünstigsten Umständen zusammentreten würde, wenn bis dahin nicht durch eine wirksame und positive Förderung der Abwicklung des Vertrieben in der Welt wieder gewonnen wird.

**Reise Dr. Trendelenburg nach Berlin**

Internegeneralsekretär Dr. Trendelenburg wird in den nächsten Tagen vorübergehend nach Berlin reisen, wo er vor seiner endgültigen Überlieferung nach Genf Besprechungen mit der Reichsregierung haben dürfte.

Die Übernahme der obersten Leitung der Wirtschafts- und Finanzabteilung des Völkerverbandssekretariats durch Trendelenburg, der seit der Weltwirtschaftskonferenz vom Jahre 1927 infolge seiner besonderen Kenntnisse der internationalen Wirtschaftszusammenhänge in internationalen Kreisen großes Ansehen genießt, wird allgemein begrüßt.

Dr. Trendelenburg hat in den letzten Tagen die Arbeiten des Sachverständigenausschusses für Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz aufmerksam verfolgt.

In seiner neuen Stellung wird er neben dem stellvertretenden Generalsekretär Voelkel maßgebenden Einfluß auf die weiteren Fortschritte für die fünftägige Weltwirtschaftskonferenz haben, soweit das Völkerverbandssekretariat daran beteiligt ist.

**Alle Zeitungen u. Zeitschriften**  
Liefert frei Haus Richard Arnold, Buchhandlung

# Was du mir gabst

Roman von Fe Lehne.  
16. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Er ging nach der Küche, in der es stets von Sauberkeit und Ordnung bürnte. Wie er wußte, war dort immer etwas Obli, wonach er Appetit hatte. Auf dem Küchentisch lag ein paar Bückere. Unwillkürlich nahm er sie in die Hand, die Höl anzuheben; es war ein Schokoladeband und „Der Ausflug des Sterbens“ von Brenti Mulford. Er blätterte darin; viele Stellen waren mit Bleistift angekreuzt; es las zufällig weiter: „Wenn ein Mann, der sein Weib an ein Ziel geleht hat, keine Mißverständnisse mit einer Frau verbringt, die wenig oder kein Interesse an seinen Plänen nimmt, wenn er, an sie gewöhnt, seine Gedanken oft zu ihr schweifen läßt, wird er ein großes Quantum Energie verlieren, das seinem Ziele zugute gekommen wäre. Er wird sich zu Zeiten unerklärlich mühsam fühlen, nicht in der Stimmung, sein Werk zu fördern, oder gleichgültig gegen sich selbst. Es fehlt jener stillen, ununterbrochene Strom von Entschluß, der unentbehrlich Erfüllung bringt. Was ist gekehrt? Er hat vom Geiste dieser Frau absorbiert, er denkt an ihre Gesichtszüge, die ihm gemordet, wird von ihr beunruhigt, messerisiert, ohne daß es ihm will oder weh! Sie mag reizend und faszinierend sein; die Zeit verfliehet in ihrer Gesellschaft, der Mann ist unter ihrem Charme; er leht sich zuzeit wenig daran, daß sie seinen tiefsten Willen nicht teilt. Eine momentane peinliche Enttäuschung, wenn die Gegenstände aufkommen, wird rasch erlitt. Ist die Frau der höhere und feiner Mensch, der in stehender Welt, sich in das Schicksal eines in jeder Hinsicht Mannes vertritt, so erleidet sie gleiches.“

Der Major ließ das Buch sinken und blickte finierend vor sich hin. Sorten! So ging es ihm mit ihr, deutlich las er da, was schon oft unklar und schwerförmig in ihm aufgelaugt, aber doch von ihm gleich wieder weit

hatte aber eine so eigene Art, die es einem erschwerte, davon zu reden; sie mußte immer neue Pläne erfinden, ihn darauf aufmerksam zu machen, daß diese oder jene Rechnung bezahlt werden mußte. Man konnte sich doch nicht wie eine kleine Bäckerfrau kleiden.

Fast ein Jahr langens ist sie hier. Sie mußte sich über sich selbst wundern: so lange hatte sie, mit Ausnahme des Konfils, niemals einen Freund gehabt. Dennoch mußte sie Maurus doch recht lieb gehabt haben. Denn nun wurde ihr diese Beziehung allmählich langweilig, nur die Umwechslung brachte Reiz und Leben, und der Architekt schien großes Interesse zu haben.

Nenn Maurus achte, welche Gedanken sich in ihrem Kopf bewegten! Er lag noch im Bett; um sich vor den Folgen einer bösen Grippe zu bewahren, hatte ihm der Arzt dringend geraten, mit Wollstoff auf seine schwache Lunge, noch kurze Zeit im Bett zu bleiben. Maurus hatte durchaus schon aufstehen wollen. Und bevor er an der Grippe erkrankt war, hatte er sich eine Verabredung der rechten Hand ausgegeben, die ihm sehr hinderlich und ärgerlich war.

Sorten war jeden Tag einige Stunden bei ihm, es war ein Opfer, das sie ihm brachte; denn zur Krankenpflegein befragte sie nicht das geringste Talent. Sie quälte ihn sogar mit ihren übertriebenen Reden über Dinge, die ihn nicht interessierten. Einige Male hatte sie ihm vorgeschlagen, aber das, was er zu hören wünschte, war ihr zu langweilig und zu schwer. Mit dem Vorlesen warper es zeitweise Einige wichtige Briefe hatte er ihr diktiert; doch zum Schreiben hatte sie erst recht keine Lust und kein Talent! Und in diesen Tagen empfand Maurus auch ihre laute, rüchstlose und ungeschickte Art beinahe höfend, während Dora Hiltes, geräuschlos Watten aufwendend, gleichmäßig für ihn war. Er brauchte kein Wort zu sagen, seine Wünsche hatte sie schon vorher erraten. Während und dennoch ganz unperfekt, ohne sich in den Vordergrund zu drängen, war sie ihm beiläufig. Er war ihr leht dankbar, ohne sie wäre es ihm wahrhaftig nicht ergangen, und er nahm sich vor, sich ihr sehr erkenntlich zu zeigen! Welch ein hilfloses Geschöpf ist doch in Krankheitsfällen gerade ein Jungweibchen! (S. f.)



Mart aufgefordert zu haben, den Vater des Landwirts, mit dem die Angeklagten wegen des Misseteils in Straftatigkeiten geraten waren, gewalttätig zu befechtigen. Das Schöffengericht hatte beide wegen Aufforderung zum Mord zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt. In der Berufungsberatung wurden die Angeklagten, da sie außer heftige Streitigkeiten, ein solches Unmitten gestellt zu haben, von der Stendaler Strafkammer auf Kosten der Staatskasse freigesprochen.

**Stendal.** Beim Lebensfesseln der Geleise des Bahnhofs wurde der Schaffner Müller von einem Zuge erfasst. Er erlitt schwere innere Verletzungen. Sein Zustand ist lebensgefährlich. Der Verunglückte hatte erst vor zwei Tagen geheiratet.

**Schleibitz.** Erschossen aufgefunden wurde in Lauen (Schleien) der Bahndienstmann Gustav S. aus Schöndorf. Es soll sich um Selbstmord handeln. S., der mit seiner Frau in Schleibitz lebte, hatte vor Wochen seinen Dienst bei der Reichsbahn aufgegeben und auf seine Beamtenrechte verzichtet sowie seine Wohnung gekündigt.

**Delitzsch.** Auf dem Bahnhof Hohenroda der Strecke Halle-Delitzsch entgleiste durch zu frühes Umlegen einer Weiche der Wagen eines rangierenden Güterzugs und verlor die Durchgangsgleise. Der Zugführer erlitt eine längere Unterbrechung.

**Delitzsch.** Auf Grund der Vorkerordnung wurde der Stadtverordnete Subielzig, der als verantwortlicher Schriftleiter des „Neuen Familien“ in einem Artikel einen Polizeibeamten verächtlich gemacht hatte, zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

**Mutjenshena (Kr. Delitzsch).** Bei einem Stallbrand auf dem Anwesen des Gutbesitzers B. sind acht Schweine verbrannt. Das Feuer dürfte durch Fahrlässigkeit eines Angestellten entstanden sein, der mit brennender Pfeife den Stall betreten hatte.

**Sorgau.** Ein Polizeibeamter, der nachts einen Mann beim Abreißen von Plakaten überprüfte, wurde von mehreren Personen ernstlich bedroht. Der Beamte mußte Schreckschüsse abgeben, durch die jedoch niemand verletzt wurde.

**Schweinitz.** Wegen verächtlicher Brandstiftung und Verleumdungsübertretung wurde der Stelmacher

Willy Berger aus Schweinitz von der Sorgauer Strafkammer zu einem Jahr Gefängnis und 450 Mark Geldstrafe verurteilt. Berger hatte im August das Anwesen seiner Frau in Brand gesetzt, um sich in den Besitz einer Versicherungssumme von 31 000 Mark zu setzen. Das Gericht billigte dem Angeklagten nur wegen seiner bisherigen Unbescholtenheit mildernde Umstände zu.

**Neueinstellungen in der Schuhindustrie.**

**Weißenfels.** In der letzten Zeit hat sich in der Weißenfelscher Schuhindustrie eine merkliche Besserung der Beschäftigung vollzogen. 500 Arbeiter sind bereits wieder eingestellt worden. Eine große Firma hat sich sogar entschlossen, in zwei Schichten arbeiten zu lassen, um die vorliegenden Aufträge ausführen zu lassen.

**Hirtfeld.** Der früherer Kassierer der Betriebskrankenkasse der S. G. Farbenindustrie in Wolfen Walter Hirtfeld, wurde vom Hirtfelder Schöffengericht wegen fortgesetzter Unterdrückung zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Hirtfeld hatte über 28 000 Mark veruntreut, die er zum größten Teil veruntreut hat. Nach Aufdeckung der Unterdrückung war er nach der Schweiz geflüchtet, auf Drängen seiner Frau aber hat er sich dann der Polizei gestellt.

**Gemeinde- und Landesfinanzen**

Die vom Statistischen Reichsamt herausgegebene Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ bringt jetzt in einem Sonderheft Material, das das Verhältnis der Gemeindefinanzen zur Finanzwirtschaft des Landes behandelt. Dabei ist zu bemerken, daß finanzwirtschaftliche Vergleiche zwischen den einzelnen Arten von Gebietskörperschaften der verschiedenen deutschen Länder im allgemeinen schwierig ist. In Preußen, Bayern und Hessen haben die sogenannten höheren Gemeindeverbände (Bezirke und Kreise) zum überwiegenden Teil Aufgaben zu erfüllen, die anderswo vom Lande selbst wahrgenommen werden.

Was den Schulzinsbedarf der Länder und Gemeinden (Gemeindeverbände) für die wichtigsten Verwaltungszweige im Rechnungsjahr 1929 bis 1930 anlangt, so beträgt er je Kopf der Bevölkerung für allgemeine Verwaltung, Finanz- und Steuerverwaltung im Reichsdurchschnitt 13,43, in Preußen 13,54, in Bayern 11,5, in Sachsen 11,14, in Württemberg 13,20, in Baden 16,54. Beim Schulzinsbedarf für das

Schulwesen ist der Reichsdurchschnitt 35,85, der Profopffel der Bevölkerung in Preußen 36,41, in Sachsen 39,59, in Bayern 30,93, in Württemberg 34,82, in Baden 30,38. Für Weizenanbau, Kunst und Kirche ist der Reichsdurchschnitt 8,40, Preußen gibt 7,80, Bayern 10,46, Sachsen 8,85, Württemberg 11,49, Baden 11,42 aus. Hauptsächlich des Wohlfahrtswesens (ausschließlich der Erwerbslosenfrage) war der Schulzinsbedarf im Rechnungsjahr 1929/30 im Reichsdurchschnitt 28,18, in Preußen 31,20, in Bayern 19,67, in Sachsen 32, in Württemberg 18,04, in Baden 26,24. Wenn man die wichtigsten Verwaltungszweige insgesamt betrachtet, so ist der Reichsdurchschnitt am Schulzinsbedarf der Länder und Gemeinden 145,57 Mark. Preußen gibt pro Kopf 146,80, Bayern 121,90, Sachsen 159,25, Württemberg 141,12 und Baden 151,78 aus.

Am übrigen sind die Unterschiede der Ausgabe- und Einnahmemeinlichkeit in den einzelnen Ländern sehr stark. Bei dem Schulwesen und beim Wohlfahrtswesen zeigen sich besonders augenfällige Unterschiede. Die Einnahmemeinlichkeit der Gemeinden und Gemeindeverbände entspricht häufiglich genommen, im allgemeinen der Ausgabe- und Einnahmemeinlichkeit der Landes- und Gemeindefinanzen mehr als die Hälfte, von den Landes- und Gemeindefinanzen mehr als zwei Drittel, von den Landes- und Gemeindefinanzen mehr als ein Drittel, von den Landes- und Gemeindefinanzen mehr als ein Drittel der Reichssteuererträge und mehr als die Hälfte der Landes- und Gemeindefinanzen.

**Braunthoblenfriedenspruch nicht verbindlich**

Der Reichsarbeitsminister hat vor dem Antrag des Reichsverbandes deutscher Bergbauangestellter zur Bildung des Gewerkschaftsbundes der Angestellten auf Verbindlichkeitsklärung des Schiedsprüfers für den Braunthoblenbergbau vom 14. Oktober abgelehnt mit der Begründung, daß zwischen dem Arbeitgeberverband für den Braunthoblenbergbau und dem Verband des Allgemeinen Freien Angestelltenbundes eine freie Vereinbarung zustande gekommen sei. Es erhebt sich daher nicht angedacht, durch Verbindlichkeitsklärung einen Schriftverkehr zwischen dem Arbeitgeberverband und den an der Vereinbarung nicht beteiligten Angestelltenverbänden zu schaffen.

**Damenhüte billig, und Umarbeiten P. Mengewein**

**Bekanntmachung!**

Am Montag, den 14. November d. Js., vormittags 10 Uhr findet im Gemeindegasthaus zu Wertzig die öffentliche Versteigerung von

- ca. 50 rm Kiefernrundfloben,
- " 110 rm Kiefernknüppel und
- " 1100 rm Kiefernreis II (Stangenhaufen)

statt. — Bedingungen werden im Termin bekanntgegeben. Vad Schmiedeburg, den 7. November 1932.

Der Magistrat — die Fortschreibung.

Vin am 10. November auf dem Remberger Schweinemarkt mit einem großen Posten

**prima Obstbäume**

in allen Sorten und Formen zu billigsten Tagespreisen. W. Welz, Obstbaum- und Kolenschulen, Zahna (Bez. Halle)

**Preuß. Klassen-Lotterie**

Die Erneuerung der Lose zur 2. Klasse hat bis zum 11. November zu erfolgen. — Lose erhältlich durch

Richard Arnold

Wieder 500 Aktien  
**Harzer**  
 eingetrossen. Rste 38 Pf.  
 Herbert Bohrmann  
**Thams & Garfs**  
 Niederlage

Reines  
**Pflaumenmus**  
 Kuchendose nur 88 Pf.  
 lose Pfd. nur 35 Pf.  
 Herbert Bohrmann  
**Thams & Garfs**  
 Niederlage

**Leihbücherei**  
**Felix Wirthold**  
**Wittenberg**  
 Gegenüber dem Lutherhaus  
 Der neue Katalog soeben erschienen

Empfehle  
 morgen Donnerstag  
 nachmittag  
**la. Windbeutel**  
 mit Schlagsahne  
 Pfannkuchen, Spritzkuchen  
 Plunderhörchen  
**Ernst Wend**  
 Bäckerei - Konditorei  
 Telefon 383

**Pfeil**  
  
**Kaffee**  
 preiswert und gut — stets frisch  
 von 50 Pfg. à 1/4 Pfd. an.

Die gute  
**Rotwurst**  
 Pfund 70 und 52 Pfennig  
**Leberwurst**  
 Pfund 70 und 58 Pfennig  
**Riesenschinkenwurst**  
 Stück 22 Pfennig  
 Herbert Bohrmann  
**Thams & Garfs**  
 Niederlage

**Gestrickte Woll-Strümpfe**  
 in allen Größen, Farben und Qualitäten  
 äußerst haltbar, warm und preiswert  
**Große Auswahl in Wolle.**  
 Wolle kann auch vom Kunden geliefert werden  
**Anstricken**  
 sauber, haltbar und preiswert.  
 Maschinenstrickerei  
**F. Freiberg, Remberg**  
 Burgstraße 4a

**Oberwohnung**  
 zu vermieten  
**Mittelstraße 8** bei

**Kemberger Hotel Blauer Hecht**  
 Sonntag, den 13. November 1932, abends 8 Uhr  
**Gastspiel**  
**Brandts Varieté-Bühnen-Schau**  
**Sensations-Gastspiel!**  
  
 Die geheimnisvolle Heilspelerin!  
 ferner  
**Die Zauberbrille**  
 der größte Wachtlager aller Zeiten.  
 Jeder Besucher erhält eine Zauberbrille gratis!  
**10 Varieté-Sensationen 10**  
 von Welttruf,  
 Trotz großer Inflations billige Volkspreise.  
**Eintrittspreise: —,50, —,75 und 1,— RM.**  
 Gewerkschaften zahlen gegen Ausweis auf allen Plätzen ermäßigte Preise.  
**3 Stunden Lachen und Staunen!**  
 Karten im Vorverkauf; Buchhandlung Richard Arnold.  
 Das Programm ist zusammengestellt nur von ersten Künstlern, welche in den größten Varietés in Leipzig, Berlin, Hamburg, Köln, Dresden, München und im Ausland gastieren.

**Wiener Operetten-Bühne**  
 Donnerstag, den 10. November, abends pünktl. 8 Uhr  
**Hotel „Blauer Hecht“**  
 Mit neuem Personal  
**Die Rose von Stambul**  
 Operette in 3 Akten  
 Eintrittspreise wie bekannt

**Leinsamen**  
 und  
**Leinsamenschrot**  
 bestes Viehfutter für Jungvieh und tragende Tiere  
**Biehlebertran**  
**Futterkalk**  
 empfiehlt **Rudolf Huhn**

**Alle Gewürze**  
 zum  
**Schlachten**  
 in besten frisch gemahlener Qualität empfiehlt ganz billig  
**G. G. Pfeil**  


Prima  
**Weizenmehl**  
**Gerstenschrot**  
**Thiele, Mühle Gadjig**

**Bund der Frontsoldaten**  
 Freitag, den 11. November, abends 8 1/2 Uhr im Palmbaum  
**Versammlung**  
 Der Ortsgruppenführer



# Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Remberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Er erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagblatt“ und „Musterisches Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis monatlich für Abholer 1,15 M., durch Boten ins Haus gebracht in Remberg 1,35 M., in den Landorten 1,50 M., durch die Post 1,55 M. — Am Kasse höherer Gewalt Betriebsführung Streik usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die halbpaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die halbpaltene Reklamzeile 40 Pfg., Auskunftsgebühr 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Weitergabe unbedeutend für die Anzeigennehmer oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10. — M., das Tagblatt, auszüglich Postgebühr; Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, spätere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Remberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 133

Donnerstag, den 10. November 1932

34. Jahrg.

Donnerstag, den 10. November,

## Schweinemarkt

in Remberg.  
Der Auftrieb beginnt um 8 Uhr  
Remberg, den 5. November 1932.

158] Der Magistrat.

## Steuern.

Bis zum 15. November sind fällig und an unsere Kämmererstelle abzuführen: die Staatsgrundbesitzsteuer, der staatliche und Gemeindefiskusbeitrag hierzu, die Hauszinssteuer, die Stadt- und Kreisgrundsteuer, die Gewerbesteuer und das Schulgeld.

Für fällig genehmte, nicht gekündete Beträge muß der gefällige Verzugsfußsatz in Höhe von 1 % für jeden angefangenen Monat berechnet werden, außerdem müssen die Rückstände im Verwaltungszwangsverfahren bestritten werden.

Remberg, den 7. November 1932.

159] Der Magistrat.

## Eine Rede des Reichstanzlers

Innenpolitik: nationale Konzentration — Außenpolitik: Gleichberechtigung.

Berlin, 9. November.

Auf einem Frühstück des Vereins der ausländischen Presse hielt Reichstanzler von Papen eine Rede, der wir folgende Auszüge entnehmen.

Eine erfreuliche Zunahme des Vertrauens für die Regierungsarbeit ist festzustellen. Keine Partei wird noch bereitgestellt zu der Annahme haben, daß sie die allein herrschend in Deutschland ausüben kann.

Dagegen glaube ich die Hoffnung haben zu dürfen, daß es nunmehr zu einer wirklichen nationalen Konzentration kommt.

Möge die erfreuliche Einigkeit, die das deutsche Volk heute in den großen Fragen der auswärtigen Politik durch alle Parteien hindurch besetzt, jetzt auch der Führung der Gesamtpolitik die notwendige breite Grundlage schaffen. Der inneren Einheit spielen hierbei — ich habe es schon immer betont — keine Rolle. Die wichtigsten Ziele der Regierung, die Sie kennen, werden unverändert verfolgt werden. Unsere Lage als Mittelland Europas und unsere geschichtliche Entwicklung hat uns einen unerlöschlichen Reichtum kultureller Gestaltung in den verschiedenen deutschen Stämmen und Ländern besetzt, dessen Pflege und Förderung die große Aufgabe der deutschen Kulturpolitik sein muß. Aber nach außen stellt sie uns ebenso zwingend vor das Problem kultureller und politischer Selbstbehauptung. Die lange Reihe der Interventionen der Siegermächte, welche den deutschen Regierungen immer neue Demütigungen zumuten, trägt ein großes Maß von Schuld an der allgemeinen Radikalisierung und der Verschärfung der innerpolitischen Lage. Aus diesem geschichtlichen Zusammenhang von Innen- und Außenpolitik ergibt sich für das deutsche Volk die schicksalhafte Aufgabe, eine Gestalt für seine Staatsführung zu finden, welche den dauernden Notwendigkeiten seiner Lage in Mitteleuropa und den besonderen Schwierigkeiten seiner heutigen Situation in gleicher Weise entspricht.

### Demokratie und Autorität.

Die erste Vorbedingung hierzu ist die Wiederherstellung der vollen Hoheit des Staates und die Einrichtung einer stetigen, machtvollen Regierungsgewalt. Eine solche autoritäre Staatsführung, meine Herren, steht nicht im Widerspruch zu dem Grundgedanken der Demokratie, der wie in vielen Staaten der Welt auch die Grundlage unserer Verfassung bildet. Demokratie und Autorität sind keine Gegensätze, sondern notwendige Ergänzungen.

An unseren deutschen Reichspräsidenten hat sich die Wahl durch die Mehrheit des Volkes, also ein Akt unmittelbarer Demokratie, mit der geschichtlichen Autorität seiner Person vereinigt. Damit ist der ruhende Pol geschaffen, von dem aus auch die verschiedenartigen Bewegungen unseres politischen Lebens gemindert werden können. Den Entscheidungen, die von hier ausgehen werden, können wir mit Vertrauen und Zuversicht entgegensehen. Deutschland auswärtige Politik seit dem Kriege ist stets darauf gerichtet gewesen, die Anerkennung jener für das Leben der deutschen Nation elementaren Bedingungen durchzusetzen.

### Gleichberechtigung und Selbstbestimmung.

Wir verlangen die Gewährung der gleichen Rechte, die für alle anderen gelten, nicht als eine Gnade oder eine Wohlthat sondern als unseren unzweifelbaren Anspruch. Es muß das Ziel nicht allein der deutschen sondern der europäischen Politik sein, die Bestimmungen, die durch Zwang auferlegt wurden, durch Lösungen zu ersetzen, die dem freien Ermessen aller Beteiligten entspringen. Unser Weg wird der Weg friedlicher Verständigung sein. Wir haben diesen Weg in Locarno beschritten und in Locarno fortgesetzt, und wir werden ihn weiter gehen, um jenen

großen Grundgedanken, auf die vertrauten wir 1918 die Waffen niederlegten, die Herrschaft über Europa zu verschaffen.

### Ursachen der Krise.

Die Weltwirtschaftskrise hat den katastrophalen Charakter nur annehmen können, weil die internationale Verflechtung und die Gesamtheit des Warenverkehrs sich gegenseitig in ihren krisenhaften Wirkungen folgerten.

Unter diesem Gesichtspunkt kann die Aufgabe und Bedeutung der Weltwirtschaftskonferenzen nicht hoch und entscheidend genug für eine weitere Erholung der Wirtschaftslage der Welt eingeschätzt werden. Dieser Verantwortung müssen sich die führenden Staatsmänner bewußt sein. Ich zweifle nicht, daß hierdurch der Wirtschaft ein neuer Auftrieb gegeben werden würde.

aber die letzten Gründe für die Wirtschaft, für ihr Aus- und ihr Gediehen oder Schrumpfen liegen schließlich nicht im Wirtschaftlichen, sondern im Politischen.

Und so komme ich auf das zurück, was ich vorhin ausführte. Niemals wird die europäische Wirtschaft zur Ruhe kommen, niemals wird sie die für ihr Gediehen sicheren Grundlagen erhalten, wenn nicht die einige und friedliche Völkergemeinschaft Wirklichkeit wird, die ich als das Endziel der deutschen Politik bezeichne habe, und niemals wird dieses Endziel erreicht werden, wenn nicht die großen Grundzüge der Gleichberechtigung und des Selbstbestimmungsrechts der Völker auf allen Gebieten anerkannt und durchgeführt werden.

### Herriots Plan.

Sie würden enttäuscht sein, wenn ich mich heute nicht zu dem neuen französischen Plan für Sicherheit und Ab- rüstung äußerte.

Aber ich kann dazu heute nur wenig sagen, und es kann sich hierbei nur um erste Eindrücke handeln, denn bisher ist über diesen Plan zu wenig bekannt. Der französische Plan legt anscheinend voraus, daß alle europäischen Vorkriegsstaaten gleichartige Heere erhalten. Das erscheint vom deutschen Standpunkt aus durchaus diskutabel. Wir haben zurzeit eine Heeresverfassung, die uns durch Diktat aufgezwungen wurde, und führen Lage darüber, daß unsere Soldaten nicht mit denen anderer Länder gleichwertig sind, weil sie nicht die gleiche Bewaffnung wie diese führen dürfen.

Es ist unbeschreiblich, daß, wenn es gelingt, allen Heeren den Charakter einer Defensivarmee zu geben, wir einen entscheidenden Schritt in der moralischen Abrüstung und Befriedigung der Welt vorwärts gekommen sein werden.

Nur durch gleiches Wehrsystem mit gleicher Bewaffnung, deren Potential der Größe und Verwundbarkeit der Grenzen, wie der Zahl der Mannschaften angepaßt sein muß, läßt sich auch gleiche Sicherheit für alle Völker erzielen.

### Gleichheit in Recht und Sicherheit.

Die deutsche Regierung, die den Frieden wünscht, weil sie wie keine andere Nation: der Welt der Segnungen des Friedens bedarf, stellt ihre Politik unter den Gesichtspunkt weltlicher, allgemeiner Abrüstung. Sie wird jede Maßnahme beantragen, welche die Defensivkraft im Gegensatz zur

### Möglichkeit gemeinsamer Arbeit

Ziffernmäßig ist natürlich eine Mehrheit von Kommunisten und Nationalsozialisten vorhanden. Aber eine Koalition zwischen diesen beiden extremen Gruppen erscheint doch undenkbar. Es kann vielleicht gelegentlich bei bestimmten Fragen zu einem Bündnis zwischen den beiden Fraktionen kommen, das jedoch stets nur negativer, nie positiver Natur sein würde.

Vielleicht aber dürfte es doch möglich sein, eine Grundlage zu finden, auf der diejenigen Parteien, die für Gesetz, Ordnung und christliche Weltanschauung eintreten, sich zu gemeinsamer Arbeit vereinigen können.

Diese Hoffnung stützt sich auf die Tatsache, daß die bürgerlichen Mittelparteien bei der Wahl gut abgeschnitten haben. Ich kann in dieser Beziehung nur wiederholen, was ich in meiner letzten Rundfunkrede sagte, nämlich, daß die Regierung gern bereit ist, ihre Hand jedem einzelnen und jeder Parteigruppe zu reichen, die guten Willens ist, loyal mit uns an der Lösung der nationalen Aufgaben mitzuarbeiten.

### Mandatsänderungen

Ein nationalsozialistischer Abgeordneter.

Berlin, 9. November.

Der Kreiswahlleiter des Wahlkreises 26 (Franken) hat dem Kreiswahlleiter ein berechtigtes Ergebnis gemeldet, das um 51 981 gültige Stimmen höher ist als das zuerst gemeldete. Der Anteil der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei an dieser Stimmenzahl beträgt 18 832. Die Berichtigung wirkt sich dahin aus, daß der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei ein weiteres Mandat auf ihrer Reichsliste zufällt. Die Gesamtsatz ihrer Abgeordneten beträgt nunmehr 196; der Reichstag umfasst damit insgesamt 583 Abgeordnete.

### 20 Abgeordnete der DDP.

Nachdem nunmehr die auf die Wirtschaftspartei aus dem Reich entfallenden und in den außerparlamentarischen Wahlen unverändertigen Reichstimmen dieser Partei genau zu übersehen sind, die der Reichsliste der Bayerischen Volkspartei in ihrer Gesamtheit zugute kommen, ergibt sich für die Bayerische Volkspartei folgende Mandatsstärke: insgesamt aus bayerischen Stimmen 13 Abgeordnete. Hierzu treten jedoch die Reichstimmen der Wirtschaftspartei aus sämtlichen Reichstagswahlkreisen mit 110 117 Stimmen, so daß sich weitere zwei Reichstagsmandate auf der Liste der Bayerischen Volkspartei ergeben, von denen das eine noch von der Bayerischen Volkspartei selbst zu belegen ist.

Die Bayerische Volkspartei wird also mit 20 Abgeordneten im Reichstag vertreten sein. Das weitere auf der Reichsliste noch erreichte Mandat fällt jedoch auf Professor Dr. v. Marburg von der Wirtschaftspartei, der auf der Reichsliste der DDP an fünfter Stelle steht. Die Wirtschaftspartei wird demnach mit einem Abgeordneten im Reichstag vertreten sein.

### Erklärung Dr. Dingeldeys

Der Parteiführer der Deutschen Volkspartei, Dingeldey, erläßt eine Erklärung, in der er den Wählern der Deutschen Volkspartei seinen Dank ausspricht für die hingebende Arbeit und standhafte Treue, mit denen sie in dieser schweren Zeit gekämpft hatten. Sie konnten mit ihm das Bewußtsein haben, daß die Kraft des nationalen Liberalismus leistungsfähig ist. Es befehle nach wie vor die Gefahr des wirtschaftlichen und politischen Radikalismus. Die Deutsche Volkspartei antwortet auf das Vertrauen der Wähler mit der Verpflichtung, in großzügiger Aufnahmefähigkeit mit allen in einer Gemeinschaft zusammenzuwirken, die unter Abwehr des Radikalismus, aber auch unter Ablehnung bloßer reaktionärer Geistes, für den wahrhaften Ausgleich von Autorität und Freiheit kämpfen wollten.

### Was die Parteien sagen

Durch eine Umfrage bei den Parteien wurde eine erste Stellungnahme zum Ergebnis der Reichstagswahl ermittelt, wobei jedoch zu beachten ist, daß durchweg die beschließenden Parteigremien erst nach einiger Zeit, wahrscheinlich erst in der kommenden Woche, zusammenzutreten werden.

In nationalsozialistischen Kreisen wurde darauf hingewiesen, daß nach dem Ergebnis dieser Reichstagswahl die NSDAP. berechtigt ist, weiterhin ihren Anspruch auf Führung der Reichsregierung zu vertreten. Dabei sei die Frage von nicht so großer Aktualität, ob die NSDAP. an Stelle Adolf Hitlers Gregor Strasser als Nachfolger von Papen vorschlagen wolle. In Kreisen der

Deutschnationalen Volkspartei wird hervorgehoben, daß diese Partei mit dem Wahlergebnis sehr zufrieden sei. Von politischem Wert sei für die Deutschnationalen besonders, daß eine „schwarz-braune Koalitionsmöglichkeit“ jetzt nicht mehr allein im Reich möglich sei. In dem Wahlergebnis zeigt sich nach deutschnationaler Auffassung zugleich ein moralischer Erfolg für die Regierung von Papen. Beim



die Mehrheit von Nationalsozialisten und Zentrum unmöglich ist ohne die Hilfe der Deutschnationalen Volkspartei.